



---

---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

55. Sitzung (öffentlicher Teil) <sup>\*)</sup>

1. April 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** kommt der Ausschuss überein, den Punkt "Privatisierung des Landesbetriebs Materialprüfungsamt NRW" von der Tagesordnung abzusetzen. 1

**1 Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4986  
Zuschrift 13/3805

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs.

---

<sup>\*)</sup> Nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/1186

**2 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Ver-  
sorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-  
Westfalen - VKZVKG -** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4611

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf  
anzunehmen. Als Berichterstatter wird Klaus Stallmann (CDU) be-  
nannt.

**3 Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land  
Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz - LPVG-)** 3

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
und der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/5182

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die  
Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der - mitberatende -  
Ausschuss dem - federführenden - Rechtsausschuss, den Gesetzent-  
wurf abzulehnen.

**4 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für die  
Zulassung, Überwachung sowie Verfolgung und Ahndung von Ord-  
nungswidrigkeiten bei Vorhaben nach § 20 in Verbindung mit Anlage 1  
Nr. 19.3 bis 19.9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung  
- UVPG - sowie für den Vollzug der Verordnung über Rohrfernleitungs-  
anlagen - Rohrfernleitungsverordnung - und zur Änderung der zweiten  
Verordnung über die Bestimmung besonderer Vollzugsbehörden** 4

Vorlage 13/2735

Der Ausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Vorord-  
nungsentwurf - Vorlage 13/2735 - befasst und wurde damit ordnungs-  
gemäß gehört.

**5 Mit unseren polizeilichen Profis mehr Straftaten bekämpfen und aufklären** 4

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4317 (Neudruck)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung.

**6 Nachhaltige Vorsorge für Beamtenpensionen ohne politische Zugriffsmöglichkeit** 9

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/5035

Der Ausschuss stellt die Beratung des Antrages zurück.

**7 Betrug mit Debit-Karten** 10

Vorlage 13/2733

Der Ausschuss stellt Fragen zum Bericht des Innenministers und lässt sich diese durch einen Vertreter des Innenministeriums beantworten.

\*\*\*\*\*



## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** teilt **Vorsitzender Klaus Stallmann** mit, der nachgeschobene Tagesordnungspunkt "Privatisierung des Landesbetriebs Materialprüfungsamt NRW" sollte wieder abgesetzt werden. Nach einer Mitteilung des zuständigen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, die auch an die Fraktionen weitergereicht worden sei, befasse sich mit diesem Thema der Unterausschuss Landesbetriebe erneut am 22. April 2004. Hierzu solle auch ein schriftlicher Bericht vorgelegt werden. Neuere Informationen seien in der heutigen Sitzung nicht zu erwarten.

**Tanja Brakensiek (CDU)** bittet darum, in den schriftlichen Bericht auch die Position des Innenministers aufzunehmen, da sie der Auffassung sei, dass die Privatisierungsüberlegungen auch in diesem Bereich mit Einfluss hätten. - **StS Hans Krings (IM)** sagt dies zu.

Der **Ausschuss** setzt den Punkt "Privatisierung des Landesbetriebs Materialprüfungsamt NRW" von der Tagesordnung ab.

Abschließend weist **Vorsitzender Klaus Stallmann** darauf hin, dass sich Innenminister Dr. Fritz Behrens für die heutige Sitzung entschuldigt habe.

### 1 **Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften zwecks Anpassung an die Erfordernisse der elektronischen Arbeitsweise der Verwaltung (Elektronik-Anpassungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4986

Vorlage 13/2765

Zuschriften 13/3805, 13/3840 und 13/3843

**Vorsitzender Klaus Stallmann** führt aus, der - mitberatende - Ausschuss für Kommunalpolitik habe sich am gestrigen Tage mit dem Gesetzentwurf befasst und beschlossen, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten. Dem federführenden Ausschuss werde aber zu prüfen empfohlen, ob der Baubereich doch mit einbezogen werden könne. Das Ministerium solle diese Anregung aufgreifen.

Hinsichtlich dieser Empfehlung sowie der bis jetzt schon aufgeworfenen Fragen und Änderungsvorschläge schlage er vor, den Innenminister um eine schriftliche Stellungnahme zu den vorliegenden und noch eingehenden Zuschriften und Vorlagen bis zum 30. April 2004 zu bitten und dann das Thema in der Sitzung am 6. Mai 2004 erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Ausschuss für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
55. Sitzung (öffentlicher Teil)

01.04.2004

rt-beh

Von **Jürgen Jentsch (SPD)** um eine Stellungnahme gebeten, führt **Bettina Sokol (Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit)** im Sinne ihrer schriftlichen Stellungnahme - Vorlage 13/2765 - aus.

**Theo Kruse (CDU)** unterstützt den Vorschlag des Vorsitzenden, sich erst in der Sitzung am 6. Mai 2004, wenn die Berichte der Landesregierung vorlägen, diesem Thema zu widmen.

**Karl Peter Brendel (FDP)** führt aus, in Anbetracht der Ausführungen seitens der Datenschutzbeauftragten sollte man sich darüber im Klaren sein, dass man mit einer Fundamentalkritik E-Government vollständig und auf unabsehbare Zeit für erledigt betrachten könne. Wenn man sage, dass in diesem Bereich nichts unternommen werde, da es die Signatur noch nicht gebe, bedeute das, dass man keine Signatur bekomme, wenn niemand wisse, was man damit anfangen könne. Insofern wäre man in den nächsten Jahren damit beschäftigt, zu klären, wer was tun müsse. Insofern habe er mit dem Formulierungsvorschlag wenige Probleme.

Das Gleiche gelte für die Lesbarkeit. Auch dieses Problem sei lösbar. Es sei zu bedenken, dass auch heute nicht jeder Text, der z. B. in Sütterlin geschrieben worden sei, lesen könne.

Bezüglich der Eingangsbestätigung einer E-Mail sei zu bedenken, dass dies dann nicht nur für die elektronische, sondern auch für die schriftliche Post gelten müsse. Aus der täglichen Praxis wisse man, dass relativ viel Post an Behörden abgesendet werde, dort angeblich nie ankomme, aber plötzlich in irgendeiner Akte gefunden werde. Er plädiere dafür, elektronische Systeme nicht unnötig sicherer zu machen als das bisherige Papierverfahren.

**Jürgen Jentsch (SPD)** tritt dafür ein, die Gesetzesberatung zeitnah zum Abschluss zu bringen, da man in diesem Bereich zügig weiterkommen müsse.

**Monika Düker (GRÜNE)** schließt sich dem Vorschlag an, die weitere Beratung auf den 6. Mai 2004 zu vertagen.

Was die Anmerkungen vom Abgeordneten Karl Peter Brendel (FDP) angehe, sei sie der Auffassung, dass man einen pragmatischen Weg finden müsse. Einige Grundsatzprobleme, z. B. das Problem der Archivierung, werde man sicherlich nicht ohne weiteres lösen können. Von daher sollten zunächst eingehende Prüfungen stattfinden.

**Bettina Sokol (Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit)** hebt hervor, dass sie das Grundanliegen des Gesetzentwurfs begrüße. Insofern wolle sie nicht dahingehend verstanden werden, dass sie dieses Gesetz blockieren möchte. Sie habe lediglich nicht versäumen wollen, den Ausschuss auf die Risiken aufmerksam zu machen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.